

18. Wahlperiode

Antrag auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion der CDU

Schluss mit dem Senatsstreik beim Streik der Pflegekräfte von Vivantes und Charité!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, endlich seiner Verantwortung für die Pflegekräfte und Patienten von Vivantes und Charité gerecht zu werden.

Das Land Berlin ist alleiniger Gesellschafter der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH (Vivantes) und der Charité – Universitätsmedizin Berlin (Charité) und damit auch verantwortlich für die Arbeitsbedingungen in seinen Krankenhäusern. Drei Senatoren des Landes Berlin tragen als Mitglieder in den Aufsichtsräten von Vivantes und Charité unmittelbare Verantwortung:

- Herr Michael Müller (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin und Senator für Wissenschaft und Forschung, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Charité.
- Herr Dr. Matthias Kollatz (SPD), Senator für Finanzen, ist Mitglied des Aufsichtsrats der Charité sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats von Vivantes.
- Frau Dilek Kalayci (SPD), Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ist Mitglied im Aufsichtsrat von Vivantes.

Die Senatoren und der Senat insgesamt werden aufgefordert, innerhalb der Unternehmen und der Landesregierung für bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung der Pflegekräfte Sorge zu tragen. Gefordert wird zu Recht eine dringend nötige Entlastung der Beschäftigten und Auszubildenden in Charité und Vivantes. Sie kämpfen insbesondere für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, mehr Personal auf den Stationen bzw. eine spürbare Entlastung und einen Belastungsausgleich. Gerade die Corona-Pandemie hat uns allen den Wert von guter Gesundheit deutlich vor Augen geführt.

Durch das Herbeiführen einer Einigung der Streitparteien soll der – in der Sache nachvollziehbare – Streik beendet werden können. Das stabilisiert auch die Gesundheitsversorgung für alle Berlinerinnen und Berliner.

Krokodilstränen der Senatsparteien vor den Krankenhäusern helfen weder den Pflegekräften noch den Patienten. Die aktuelle Lage in den Krankenhäusern von Vivantes und Charité macht unverzügliches senatsseitiges Handeln erforderlich.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 25. September 2021 zu berichten.

Begründung

Bereits am 20. Mai 2021 übergaben Beschäftigte von Charité und Vivantes unter anderem der Gesundheitssenatorin des Landes Berlin, Frau Dilek Kalayci, Briefe von tausenden Beschäftigten mit einem Forderungskatalog für bessere Arbeitsbedingungen, setzten eine Frist zur Tarifeinigung zum 20. August 2021 und drohten mit Streikmaßnahmen.

Über die von den Pflegekräften vorgetragene Problematik, die für sie unhaltbaren Zustände und deren berechtigte Anliegen war der Senat frühzeitig und ausreichend informiert. Trotzdem lief die mit genanntem Schreiben zum 20. August 2021 gesetzte Frist erfolglos ab. Die Beschäftigten sahen sich vollkommen nachvollziehbar gezwungen, von ihrem legitimen Streikrecht Gebrauch zu machen.

Im Wahlkampf zeigen Vertreter der Senatsparteien gegenüber den streikenden Beschäftigten fadenscheinig größtes Verständnis, signalisieren ihre Unterstützung mit "Solidaritäts-Worthülse" und betonen das hohe demokratische Gut des Streikrechts. Dabei hätten doch gerade die genannte Senatorin und die Senatoren jahrelang ausreichend Gelegenheit dazu gehabt, die entstandene Problemsituation zu verhindern. Diese unternahmen nichts, um die Problemlage in den Krankenhäusern zu lösen oder zumindest zu verbessern. Das Wahlkampfverhalten unter anderem der Berliner SPD-Spitze einerseits und das Agieren ihrer verantwortlichen Senatoren andererseits gehen damit vollkommen konträr.

Herr Senator Kollatz erklärte nach Vorlagenschluss für nicht-dringliche Anträge im Parlament am 13. September 2021 ausdrücklich, dass er nicht eingreifen wolle. Trotz mehrfacher Nachfrage im Gesundheitsausschuss erklärte auch die zuständige Senatorin nicht, welche Maßnahmen möglich oder angedacht sind, die dramatische Situation der Pflegekräfte zu lindern.

Das Nichtagieren des Senats führte zu einer unhaltbaren Situation und zum Chaos in den Einrichtungen – für die Pflegekräfte, Ärzte und Menschen, die dringend behandelt werden müssen. Sehenden Auges wurde diese Situation über Monate befeuert.

Deshalb ist eine sofortige tatkräftige Unterstützung der Menschen notwendig, die in unseren Kliniken und Heimen helfen. Die Situation der Pflegenden muss sich dringend verbessern, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen erleichtert werden – auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gilt, unverzüglich die Investitionsfinanzierung der Berliner Krankenhäuser durch das Land Berlin zu reformieren und sie künftig bedarfsgerecht auszurichten, zusätzliche Förderprogramme auf Bundesebene zu generieren. Gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ist ein umfassendes Personal-Konzept zu entwickeln, das die Häuser

in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Eine bessere Bezahlung des Personals in den Pflegeberufen ist zwingend notwendig. Die maximale Obergrenze für pflegerische Leiharbeit in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen sollte höchstens 10 Prozent sein. Die Vergütung für Leiharbeit darf die tarifüblichen Personalkosten für Pflegekräfte nicht überschreiten.

Berlin, 15. September 2021

Dregger Melzer Zeelen
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU